

15.06.2009,
A.Sh.A., staatliche ägyptische Nachrichtenagentur

Ägyptischer Schura-Rat* fordert härtere Bestrafung für illegale Auswanderer

Am vergangenen Montag hat der ägyptische Schura-Rat* den Schlussbericht des "Ausschusses für die Entwicklung des Humanpotenzials und lokale Verwaltung" zur illegalen Migration angenommen.

Der Bericht unterstrich, dass man sich sämtlichen Ursachen dieses Phänomens zuwenden müsse, um ihm entgegenzutreten. Die Betrachtung seiner Gründe mache klar, dass eine sicherheitsmäßige Kontrolle allein die Ausbreitung der Problematik nicht stoppen könne.

Der Bericht empfiehlt, die Kontrolle der legalen wie illegalen Grenzübergangsstellen zu intensivieren sowie die Sicherheitsmaßnahmen aufeinander abzustimmen. Außerdem sollten die zuständigen Stellen beim Innenministerium, dem Grenzschutz und der Küstenwache dabei zusammenarbeiten, dem Problem zu begegnen und ihm ein Ende zu bereiten.

Der Report ruft dazu auf, Methoden zu entwickeln, mit denen man dem Problem juristisch begegnet. Diejenigen, die illegal auswandern, sollten, da es sich um ein Verbrechen handele, härter bestraft werden. Desweiteren sollten die internationalen Abkommen zur illegalen Migration aktiv angewandt werden.

Dr. Mohammed Radschab, ein Vertreter der Ratsmehrheit, forderte, man müsse unbedingt die Ursachen der illegalen Migration erörtern. Radschab meinte: "Wir müssen das Problem bei seinen Wurzeln packen, um aus dieser Krise herauszukommen. Dazu müssen wir Jobs und arbeitsplatzintensive Kleinprojekte schaffen, gekoppelt mit Regelungen zur legalen Migration."

Mushira Khattab, Ministerin für Familie und Bevölkerung, sagte, in den Dörfern der beiden Provinzen Al-Fayyum und Asch-Scharqiyya, aus welchen die illegalen Migranten kämen, nehme der Grad des Human Development ab.

In ihrer Erklärung vor dem Rat fügte die Ministerin hinzu, sie fordere von den Gouverneuren der beiden Regionen, Berufsausbildungszentren einzurichten, welche die Jugendlichen aufnähmen, damit sie qualifiziert sind, wenn sie den Arbeitsmarkt betreten. So solle verhindert werden, dass die Umstände sie zur illegalen Ausreise zwängen.

Frau Khattab unterstrich die Notwendigkeit, dass die Regierung in den illegale Auswanderer hervorbringenden Dörfern für Investitionsmöglichkeiten Sorge, um dieser Problematik ein Ende zu setzen.

Die Ministerin verwies auf die wichtigen Gespräche, die sie mit den Verantwortlichen in Italien geführt hätte, dem Land, welches die illegalen Einwanderer aus Italien aufnimmt. Sie habe die Italiener aufgefordert, in Ägypten Schulen und Zentren zur Berufsausbildung als Ausgangspunkte des Human Development zu errichten. Auch dies solle die illegale Migration stoppen.

Laut Frau Khattab hat Italien 650.000 Euro für diesen Zweck bereitgestellt, und man arbeite daran, diese Summe auf eine Million Euro zu erhöhen, und dies, obwohl Italien es eigentlich verbiete, seine Kredite direkt zur Finanzierung von Projekten im Ausland zu gebrauchen.

Sie sagte weiterhin, Italien hätte kürzlich eine Gesetzesänderung vorgenommen, so dass es minderjährigen Einwanderern unter 18 Jahren nicht gestattet sei, sich auf italienischem Territorium aufzuhalten.

Frau Khattab erklärte schließlich, dass Recht auf freie Bewegung sei für jedermann gewährleistet, jedoch müsse sie auf legale Weise erfolgen. Wir müssten uns darüber klar sein, wie gefährlich die illegale Migration ist. Das Problem liege darin, dass einige Jugendliche in den Dörfern, aus denen illegal ausgewandert werde, zufällig Vorbilder getroffen hätten, die auf eben diese Weise ausgewandert und dabei reich geworden wären. Bei diesem Punkt werde auch deutlich, wie wichtig die Rolle der Medien sei, mit allen Mitteln vor der Gefährlichkeit dieses Phänomens zu warnen.

**zu dieser Kammer des ägyptischen Parlaments siehe:*

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Aegypten/Innenpolitik.html#t4>

Übersetzung aus dem Arabischen durch das Antirassismus-Projekt im AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg